

„Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede“.

Nikolai Wehrs' Dissertation über den ‚Bund Freiheit der Wissenschaft‘ nimmt die Gegenoffensive der Professoren nach dem Abklingen der Studentenbewegung unter die Lupe.

Nikolai Wehrs: *Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er Jahren.* Göttingen: Wallstein, 2014.

Von Martin G. Maier.

Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede: Unter dieser programmatischen Überschrift firmierte eine hochschulpolitische Tagung im Frühsommer des Jahres 1970 in Bonn, die den politischen Standort einer neuen akademischen Großorganisation zu umreißen versuchte. Professoren und andere als liberal oder konservativ sich verstehende Teile des universitären Lehrkörpers, die angesichts der fortgesetzten, sich verfestigenden Proteste und Interventionen der Neuen Linken zusammenfanden, beschlossen noch im selben Jahr die Gründung des *Bund Freiheit der Wissenschaft (BFW)*, einem ‚*Defensivbündnis aller Demokraten‘ zur Verteidigung der Lehr- und Forschungsfreiheit* (S. 14) an den Universitäten. Die Frontstellung dieser sich als überparteilich verstehenden Organisation, die Mitte der siebziger Jahre etwa 5.000 Mitglieder auf sich vereinigen konnte (der überwältigende Teil davon Ordinarien), wandte sich dabei nicht allein gegen Unterwanderung und Umfunktionierung des akademischen Raums zum Kampfplatz der Revolte(n). Sie kämpfte auch gegen die Radikalisierung jenes in den sechziger Jahren von reformfreudigen Hochschullehrern mit in Gang gesetzten Mitbestimmungsmodells, das die Rechte des Mittelbaus und der Studentenschaft auf Einflussnahme beträchtlich erhöhte – im Zuge seiner Einführung kurz nach 1968 aber noch in den Strudel der Politisierung von Lehrinhalten und

Zwecksetzungen des wissenschaftlichen Betriebs geriet. Hauptanliegen waren für den BFW die Information der Öffentlichkeit über die mitunter gewaltförmigen Betätigungen der linken und linksradikalen Gruppen zur Störung und Selbstverwaltung des Lehrbetriebs, die Dokumentation von deren Wahlergebnisse in den studentischen Gremien und der damit vermeintlich geführte Nachweis einer Selbstlähmung der demokratisierten Gruppenuniversität.

Zur Darstellung des Positionswechsels einstiger Befürworter universitärer Reformen zu mitunter militanten Verfechtern ihrer Rücknahme oder wenigstens realpolitischen Zähmung, nutzt Wehrs einen multiplen Forschungsansatz, der die Methode einer politischen Generationengeschichte mit Netzwerkanalysen intellektueller Zusammenhänge verknüpft und sowohl einer politischen Kulturgeschichte als auch der Universitätsgeschichte zugeschlagen werden soll (S. 25). Bevorzugtes Mittel zur Erforschung dieses Wandlungsprozesses der in die intellektuellen Deutungskämpfe involvierten Hochschulangehörigen (Professoren und gleichzeitig meist *public intellectuals* wie z. B. Hans Maier, Erwin K. Scheuch und Hermann Lübbe) sind dazu insbesondere auch *die Anlässe des öffentlichen Engagements* (S. 25). Die am Ort dieser Rezension besonders interessierende **Geschichte des Konservatismus und Liberalismus** als in der **Auseinandersetzung befindliche Ideenlandschaften** wird mehrfach gestreift, in ihrer figurativen Prägung für den in den frühen siebziger Jahren auflebenden Ideenstreit aber zu wenig beachtet. Das mehr oder minder konservative Erscheinungsbild der Vereinigung auf der lokalen Ebene, besonders *in den traditionellen Universitätsstädten* (S. 233), ist hingegen in detail interessant herausgearbeitet.

Sehr inspirierend ist Wehrs' genauer Blick auf die Rekrutierungsversuche der BFW-Führung, die sich bis weit ins sozialdemokratische Spektrum und mit Richard Löwenthal als Vorstandsmitglied bis hin zu einem prominenten Intellektuellen der Arbeiterbewegung erstreckten. Die Divergenzen zwischen den Parteigängern der SPD-/FDP-Bundesregierung und den Anhängern der Opposition in derselben Vereinigung werden anhand der dazu getroffenen Arrangements ebenso ausführlich nachgezeichnet, wie auch die später daraus resultierenden Grabenkämpfe. So lässt Wehrs eine innovative Mikroanalyse zur Bildungsgeschichte der siebziger Jahre entstehen,

indem er die Grenzen der Einigkeit des breiten systemkonformen Spektrums der (Hochschul-)Politiker und Intellektuellen aufzeigt, die nichtsdestotrotz angesichts der fortwährenden Präsenz linkssozialistischer und kommunistischer Hochschulgruppen in Hysterie verfielen. Zu kurz kommt die Darstellung der mitunter Karrieren beendenden Spitzel- und Denunziationspraktiken, wofür insbesondere die dem BFW angeschlossene *Notgemeinschaft für eine freie Universität* (NofU) berüchtigt war, die im Klima der für ‚Verfassungsfeinde‘ ab 1972 vermehrt verhängten Berufsverbote im Öffentlichen Dienst weitere Verschärfungen einforderte (vgl. S. 407f.).

Die Grenzen seines gewählten Forschungsansatzes bemerkt Wehrs angesichts der zum BFW *generationell gleichgelagerten Professorenkollegen der ‚Frankfurter Schule‘, welche die Ideologie der Neuen Linken mitprägten und das radikaldemokratische Konzept der ‚Demokratisierung‘ als belebendes Element für die technokratisch erstarrte liberaldemokratische Ordnung begrüßten.* (S. 145) Zwar konstituierten sich die BFW-Mitglieder, deren Selbstverständnis aufgrund geteilter Kriegs- und Zusammenbruchserfahrungen zur **Ideologieresistenz** reifte, zu einer schlagkräftigen Gruppe, doch handele es sich dabei keineswegs um eine Generation als *objektive Struktur*, sondern wie auch in anderen Fällen immer nur um eine (nachträgliche) *Identitätskonstruktion* (S. 146).

Diese Gruppenidentität verfestigte sich jedoch immer mehr zum Selbstzweck; der Eindruck der Normalisierung an manchen einige Zeit lang revolutionär umkämpften Instituten sollte im Laufe der siebziger Jahre um jeden Preis vermieden werden. Seine Feststellung einer versäumten Überprüfung der Selbstrelevanz des BFW bis hin zur verleugneten Wahrnehmung der ausbleibenden (Protest-)Realität (S. 400) ist eine weiterer Ertrag von Wehrs' Darstellung. *Punktuelle Verbesserungen waren für die Strategie des BFW nicht zielführend. Mit Blick auf den Kampf um die diskursive Meinungsführerschaft in der außeruniversitären Öffentlichkeit konnte die Hochschulreform gar nicht umfassend und im Wortsinne offensichtlich genug scheitern. Diese Strategie machte den BFW in den frühen 1970er Jahren zu der ersten und einzigen Hochschulgruppe, die innerhalb der Hochschulen als solche gar nicht auftrat.* (S. 263 – Hervorhebung i. O.) Dies isolierte den Bund nicht nur mehr und mehr innerhalb der Hochschulen, sondern verfestigte die aufgetretenen Spannungen zwischen gesamter

Hochschullehrerschaft und BFW-Lobby auch noch zusätzlich. So formuliert Wehrs anlässlich einer Fallskizze zur Universität Konstanz exemplarisch die Lage: *Die Instrumentalisierung der außeruniversitären Öffentlichkeit in inneruniversitären Konflikten, die scharf konfrontative Ausrichtung gegen die studentische Linke, die alarmistische Beschwörung von Unterwanderungsszenarien, die Aufkündigung der Loyalität gegenüber reformorientierten Hochschulleitungen und das Zusammenspiel mit übergeordneten externen Instanzen wie den Kultusministerien – alles das war im Zweifelsfall dazu angetan, die Konflikte innerhalb der Universitäten weiter zuzuspitzen.* (S. 278)

So erscheint der hier eingangs wiedergegebene Anspruch des BFW, weder die Hochschulen zur linken **Kaderschmiede** werden zu lassen, noch zur alten **Ordinarienuniversität** zurück zu wollen, paradoxerweise eingelöst. Weder funktionierte der zur letzteren gehörende Korpsgeist noch hinreichend, um ihr Ansehensverluste ersparen zu können durch den Hinweis, ihr Leistungsvermögen läge brach, noch gelang es unbesehen der akademischen Linken, sich die Hochschulen als Refugium für die einstweilen ausbleibende Revolution einzurichten. *Die Versuche zur Etablierung marxistischer Lehrkörper waren nahezu komplett unterbunden worden. Die systemoppositionelle studentische Linke war isolierter denn je.* (S. 325) Es kam tatsächlich zu einer neuen, dritten Form der deutschen Universität: Nicht nur die Demokratisierungsversuche waren gescheitert, an die Hochschulberichterstattung heftete sich (vom BFW wiederum nachhaltig befördert) spätestens ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein lastender Krisendiskurs, der den Wettbewerb der universitären Standorte und den Verwertungsimperativ ihrer angebotenen ‚Leistungen‘ immer mehr in den Vordergrund rückte (S. 397).

Martin G. Maier ist Politologe und Mitarbeiter am Projekt „Wissensgeschichte der Politologie“ bei Portal Ideengeschichte und promoviert über Konservatismus in Deutschland nach 1968.